



„Nur Nachteile für uns“: Ertan Abali, Alaattin Salincakli, Osman Okkan (von links), Ihre Rechnung: Ein 1500-DM-Brutto-Verdiener mit 5 Kindern, der bislang fast steuerfrei war, zahlt ab 1975 rund 300 DM Steuern. Und das Kindergeld wiegt das bei weitem nicht auf, sind nicht alle Kinder in Deutschland.

Foto: Gerlitz

TÜSTAV

Wegen nachteiliger Regelung beim Kindergeld:

Gastarbeiter lassen aus dem Heimatland Kinder einfliegen

Zentrum türkischer Arbeiter-Vereine spricht von Diskriminierung

Mit Beispielen für die „offene Diskriminierung“ ausländischer Arbeitnehmer aus Ländern, die der Europäischen Gemeinschaft (EG) nicht angehören, trat jetzt die im Juni dieses Jahres in Recklinghausen gegründete „Föderation demokratischer Vereine der Arbeiter aus der Türkei in Europa“ (TDF) an die Öffentlichkeit. Von der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit seien in erster Linie die „Konjunktur-Kulis“, nämlich die ausländischen Arbeiter betroffen, kritisierte TDF-Vorsitzender Ertan Aball. Offiziell werde zwar niemand gezwungen, nach Hause zurückzufahren, doch habe man „leider subtile Methoden entwickelt“, sie davon zu überzeugen, daß dies — unter Verlust gesetzlich und tariflich zustehender Leistungen — der einzige Weg sei. Die Neuregelung des Kindergeldes für Ausländer aus den Nicht-EG-Ländern bezeichnete Aball als einen weiteren „eklatanten Verstoß gegen das verfassungsmäßige Gleichheitsprinzip“.

Die TDF, die nach Angaben des Vorstandes als Dachorganisation von inzwischen 21 türkischen Arbeiter-Vereinen mit rund 4000 Mitgliedern in der Bundesrepublik auftritt, hat ihren Sitz an der Hüttmannstraße 1 in Altendorf.

Besonders hart getroffen fühlen sich die türkischen Arbeitnehmer durch die neue Kindergeldregelung. Die Abschaffung der Kinderfreibeträge führe zu einer höheren Lohnsteuerlichen Belastung auch der kinderreichen Familien. Andererseits kämen die Ausländer aus den Nicht-EG-Ländern aber für ihre

noch im Heimatland lebenden Kinder nicht in den vollen Genuß der, als Ausgleich dafür erhöhten Kindergeldsätze (50 DM für das erste Kind, 70 DM für das zweite Kind und 120 DM für jedes weitere Kind).

So seien für die spanischen, portugiesischen, griechischen und jugoslawischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik inzwischen Verträge abgeschlossen worden, die Kindergeldsätze von 10 DM für das erste, 25 DM für das zweite und 60 DM für jedes weitere Kind vorsähen, das sich noch nicht in der Bundesrepublik aufhalte.

Kurzsichtige „Sparmaßnahme“

„In einer Erklärung der TDF heißt es dazu: „Die Bundesregierung zwingt diese neue Regelung den Ländern, die nicht der EG angehören, unter der Androhung auf, ansonsten die auslaufenden Sozialabkommen nicht zu verlängern.“ Als letztes dieser Länder solle Ende Oktober die türkische Delegation nach Bonn zitiert werden, ergänzte Vorsitzender Aball.

Die zusätzliche Belastung, die sich aus dieser ungleichen Behandlung der Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Ländern ergebe, bezifferte Aball mit „je nach Kinderzahl und Bruttoverdienst bis zu 4500 DM im Jahr.“

Der TDF-Vorsitzende zeigte aber noch einen anderen, bedauerlichen Nebeneffekt dieser kurzsichtigen „Sparmaßnahme“

der Bundesregierung“ auf: Arbeitnehmer aus den Nicht-EG-Ländern ließen inzwischen massenweise ihre Kinder in die Bundesrepublik einfliegen, weil sie mit dem niedrigeren Kindergeld die Betreuung ihrer Kinder in den Heimatländern nicht mehr bestreiten könnten.

Als Folge dieser „unerfreulichen“ Entwicklung“ wird sich die Bundesregierung nach Ansicht der TDF „vor zusätzliche Infrastrukturausgaben“ (Kindergärten, Schule usw.) gestellt sehen. Und das, so die TDF, obwohl sie sich „bisher schon als unfähig erwiesen hat, das Problem der schulpflichtigen Kinder ausländischer Arbeiter in seiner Gesamtkonzeption anzufassen, geschweige denn zu lösen.“

dah

Türken demonstrieren gegen die Kindergeldneuregelung

Am 26. Oktober in Düsseldorf — Verdiensteinbußen

WAZ ESSEN

Mit einer Demonstration will die „Föderation demokratischer Vereine der Arbeiter aus der Türkei in Europa“, (TDF) am 26. Oktober in Düsseldorf gegen die Kindergeldneuregelung in der Bundesrepublik protestieren.

Die Tatsache, daß Ausländer aus Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaft (EG) ab Januar kommenden Jahres

für ihre noch im Heimatland lebenden Kinder geringere Beträge als deutsche erhalten sollen, bezeichneten TDF-Sprecher am Freitag in Essen als „Diskriminierung“. Nach ihren Angaben müssen aufgrund der Neuregelung rund 33 000 in der Bundesrepublik arbeitende türkische Familienväter mit jährlichen Verdiensteinbußen bis zu 4500 DM rechnen. Ende 1972 lebten 196 000 türkische Kinder in Deutschland.

19.10.74

Türkische Gastarbeiter begehren auf Mehr Steuern und weniger Kindergeld

Kinder fluten aus Heimatländern in Bundesrepublik

„Die zunehmende Diskriminierung der Konjunktur-Kulis aus nichteuropäischen Ländern und ihre Erpressung auf dem Wege subtiler Methoden“ will die Föderation demokratischer Vereine der Arbeiter aus der Türkei in Europa (Stitz Essen) nicht stillschweigend hinnehmen. Die Föderation (TDF), die mit den 4000 Mitgliedern ihrer 21 Arbeitervereine rund 250 000 türkische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik repräsentiert, wendet sich derzeit primär gegen die neue Kindergeldregelung 1975, durch deren unterschiedliche Staffelung für Nicht- und EG-Angehörige man eine Spaltung der Arbeiterschaft befürchtet.

Die Befürchtungen sind tiefschürfend, wie gestern TDF-Vorsitzender Dipl.-Ing. Ertan Abalı erklärte. Nachdem bereits die Regierungs-Delegationen aus Portugal, Griechenland, Jugoslawien und Spanien ihren Segen zu der niedrigen Kindergeldquote für die in den Heimatländern lebenden Jugendlichen gegeben hätten, befürchte man nun, „daß auch die türkische Delegation am 22. Oktober bei der Unterschriftsleistung in Bonn nicht viel mehr erreicht“.

Das aber würde bedeuten: Für das erste Kind im Heimatland gibt es zehn (50) DM, für das zweite 25 (70), für das dritte und jedes weitere Kind 60 (120) DM. Die Beträge in Klammern zeigen das Kindergeld für Deutsche und EG-Angehörige.

Zu dieser Staffelung meinte Osman Okkan (Student), Pressesprecher der TDF: „Aufgrund des Steuerreformgesetzes werden die Kinderfreibeträge abgeschafft. Um die so erhöhten Steuern auszugleichen, wird gleichzeitig das Kindergeld angehoben. Allerdings nur für Deutsche, EG-Gastarbeiter und Kin-

der der Nicht-EG-Gastarbeiter, die in Deutschland leben. Die 330 000 von der Kindergeldstaffelung betroffenen Familien haben jedoch nur 35 Prozent ihrer Kinder, etwa 196 000, in der Bundesrepublik.“

Für die Nicht-EG-Gastarbeiter bedeutet das, daß sie ab 1. 1. 75 aufgrund entfallender Steuerermäßigungen weniger in die Lohntüte bekommen und gleichzeitig noch weniger Kindergeld erhalten.

Aus der Kindergeld-Misere resultierend, befürchtet Ertan Abalı, „daß sich der bereits laufende Prozeß noch verschärft, so schnell wie möglich die in den Heimatländern lebenden Kinder in die BRD zu holen“. Diese unerfreuliche Entwicklung werde die Bundesregierung vor zusätzliche neue Infrastrukturaufgaben stellen.

Die TDF, die nicht nur unter nationalem Aspekt die bisherige Kindergeld-Gleichzeit für alle aufrechterhalten will, hat für den 26. Oktober in Düsseldorf eine zentrale Protestkundgebung geplant, „mit der wir unserer Delegation den Rücken stärken wollen“.



7.
1.
7.
id
m
in
g-
ie
m
8e

u-
1"

So schätzen die Türken ihre Lage ein: Die Türkei will sie aufgrund struktureller und wirtschaftlicher Schwierigkeiten nicht, die Bundesregierung

1
I
V
R
N
H
S
li
N
I